

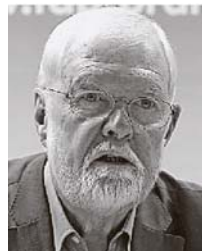
INTERVIEW

„Jamaika hätte bedeutet: Licht aus in der Lausitz“

Am Montag nahm er an der Sitzung des Bundesvorstands der FDP teil: Axel Graf Bülow, Landesvorsitzender der FDP in Brandenburg. Gegenüber der RUNDSCHAU erklärte er anschließend, warum es besser war, Jamaika zu beenden.

Graf Bülow, wie bewerten Sie den Abbruch der Jamaika-Gespräche?

Ich bewerte das im Ergebnis positiv. Was da auf dem Tisch gelegen hat, war für uns nicht unterschreibbar. Das es nicht gehen würde, bahnte sich auch schon länger an: Wir haben am Freitag und Samstag im Bundesausschuss Energie und Wirtschaft zusammengesessen, und waren über die noch immer zahlreichen Klammern im Sondierungspapier erstaunt. Da gab es noch so viele offene Punkte, dass man sich fragte, wie man das erledigen wollte. Und am Wochenende kam dann bekanntlich noch einiges dazu.



Was hätte Jamaika für Brandenburg bringen können?

Insbesondere für Brandenburg ist es doch ein Gewinn, dass Jamaika, so wie es auf dem Tisch lag, nicht zu Stande kam. Jamaika wäre das Aus für die Braunkohle gewesen. Es hätte bedeutet: „Licht aus in der Lausitz!“ Egal, ob ich nun sieben oder neun Gigawatt bei der Kohleverstromung einspare: Der Ofen wäre sehr schnell aus gewesen. Für Brandenburger Liberale wäre es etwas nicht tragbar gewesen, das habe ich auch den Sondierern immer wieder gesagt. Das konnte man nicht mittragen.

Wäre es für Ihre Partei trotzdem nicht besser gewesen, an der Regierung beteiligt zu sein?

Es ist immer schön, mitzugestalten. Aber es muss natürlich auch ein Gestalten sein, das uns voranbringt. Es ist deutlich geworden, dass wir uns in den Plänen für Jamaika als FDP nicht wiedergefunden hätten. Christian Lindner hat deswegen recht, wenn er sagt: Lieber nicht, als schlecht regieren.

Die Brandenburger FDP ist aus dem Nichts mit zwei Abgeordneten in den Bundestag eingezogen – sind Neuwahlen da eine Lösung? Besteht nicht die Gefahr, dass Sie ein Mandat verlieren?

Wir werden jetzt nach außen kommunizieren müssen, wie es dazu kam, dass wir Jamaika beendet haben. Wir sind damit aber nicht umgefallen, sondern wir haben klar unsere Standpunkte verteidigt. Und es war gerade diese Haltung, die uns in diesem Jahr wieder in den Bundestag gebracht hat: Früher hat man uns ja vorgeworfen, bei jeder Gelegenheit umzufallen. Deswegen glaube ich schon, dass wir bei Neuwahlen wieder mit zwei Mandaten in den Bundestag einziehen können.

MIT AXEL GRAF BÜLOW SPRACH
BENJAMIN LASSIWE. FOTO: DPA



Mit dem Einholen der Jamaika-Flagge in Berlin sehen Bundestagsabgeordnete in der Lausitz wieder mehr Perspektiven für die Kohleverstromung in der Region.

FOTO: FRANK HILBERT

Richtige Akzente für die Lausitz setzen

Die LAUSITZER RUNDSCHAU fragte Bundestagsabgeordnete aus der Lausitz: GroKo, Minderheitsregierung oder Neuwahlen? Was wäre jetzt das Beste für die Lausitz? Und warum?

Klaus-Peter Schulze (CDU): „Der Abbruch der Gespräche durch die FDP ist nach den wochenlangen und harten Verhandlungen natürlich frustrierend. Allerdings war bereits während der Sondierungsrunden immer wieder deutlich geworden, dass es zwischen den Parteien an einem grundlegenden Vertrauensverhältnis mangelt. Ein solches ist für die Bildung einer stabilen Regierung jedoch unabdingbar. Im Hinblick auf die Lausitz besteht jetzt die Chance, dass bei den nächsten Diskussionen über eine Regierungsbildung größere Rücksicht auf die Bedeutung der Kohleverstromung für unsere Region genommen wird. Fest steht jedoch auch, dass die SPD aus staatspolitischer Raison zumindest offen für Verhandlungen sein muss. Mit ihrer bereits direkt nach der Bundestagswahl eingenommenen Blockadehaltung verweigert sie sich der Verantwortung für das Land und damit ebenso für die Lausitz.“



Martin Neumann (FDP): „Wir haben im Wahlkampf für Trendwenden gewonnen, wir haben versprochen alte Fehler nicht zu wiederholen. Es ist besser, nicht zu regieren, als schlecht zu regieren. Ziel der Sondierungen war das Ausloten der Möglichkeiten gemeinsamer Regierungsarbeit zwischen CDU, CSU, den Grünen und der FDP. Darüber wurde ernsthaft und mit der Bereitschaft verhandelt, Kompromisse zu finden. Wenn am Ende in der Gesamtheit jedoch ein Papier auf dem Tisch liegt, das keine erforderlichen Trendwenden erkennen lässt, sondern eher ein ‚Weiterso‘ in anderen Farben beschreibt, ist es nur konsequent, die Verhandlungen zu beenden. Es müssen nun zunächst einmal alle verfassungsrechtlichen Varianten für eine Regierungsbildung auf den Tisch – und gründlich

den Mut finden, die Ursachen ihrer dramatischen Wahlniederlage mit dem schlechtesten Ergebnis seit 1949 auch mit personellen Konsequenzen aufzuarbeiten. Eine Koalition unter der Führung von Angela Merkel kann ich mir daher nicht vorstellen. Ich gebe dem Bundespräsidenten Recht, wenn er sagt, dass alle Parteien, die zur Wahl gestanden haben und nun gewählt sind, sich ihrer Verantwortung stellen müssen, eine handlungsfähige Regierung aufzustellen. Für die Lausitz kann das Scheitern der Sondierungsgespräche dann von Vorteil sein, wenn jetzt nicht weiter mit betonhafter Ideologie über die Klima-, Industrie- und Energiepolitik diskutiert wird, sondern der Sachverstand wieder das Wort führt. Wir brauchen die Bereitschaft zur Technologioffenheit. Auch unter Einsatz fossiler Energieträger können wir Technologieführer werden und weltweit ein Beispiel für das Erreichen von Treibhausgasneutralität geben. Dazu müssen wir uns gegenüber technischen Lösungen öffnen.

Ulrich Freese (SPD): „Das Scheitern der Sondierungsgespräche ist für mich keine Überraschung. Mir war klar, dass alle beteiligten Parteien sich bei der Regierungsbildung bis zur Unkenntlichkeit hätten verbiegen müssen. Die CDU muss nun die Zeit nutzen und

geprüft werden. Dazu zählen auch die GroKo und die Möglichkeit einer Minderheitsregierung. Oberstes Ziel hierbei muss die zeitnahe Bildung einer Regierung sein. Und zwar eine Regierung, die sich nicht durch faule Kompromisse selbst lähmt, sondern den Mut hat, wichtige Zukunftsfragen anzugehen. Zukunft für die Lausitz bedeutet: Akzeptable Lösungen finden, um die Strukturentwicklung voran zu bringen. Statt gefährlicherer Jamaika-Kungeleien auf dem Rücken der Bürger brauchen wir Lösungen einer handlungsfähigen Regierung! Notfalls eben auch über Neuwahlen.“



Jana Schimke (CDU): „Das Beste für die Lausitz und unser Land ist eine stabile Regierung, die auf gemeinsamen Werten und Inhalten beruht. Fragen zur Energiepolitik oder auch Migration müssen im Sinne der Bürger angegangen werden. Darunter verstehe ich auch ein Bekenntnis zur Braunkohle als existenzieller Industriezweig der Lausitz.“

Michael Stübgen (CDU): „Ich bedaure das Scheitern der Sondierungsverhandlungen außerordentlich, muss aber auch feststellen, dass die Vorstellungen der Grünen jenseits von Gut und Böse sind. Die Ideen der Grünen waren schlecht für die Lausitz und schlecht für Deutschland. Eine Industrieregion wie Deutschland ist nicht mit den Vorstellungen der Grünen, wie die Welt gerne sein sollte, zu lenken. Die sichere und bezahlbare Energieversorgung, auch mit Hilfe der Braunkohleverstromung in der Lausitz ist kein Glaubensbekenntnis, es ist eine physikalische Notwendigkeit. Und es hat sich auch gezeigt, dass ein



Thomas Jurk (SPD): „Die Kanzlerin war bereit, die Lausitz auf dem Altar des Klimaschutzes zu opfern. Der Blick muss aber nach



verantwortungsvolles Flüchtlings- und Migrationsmanagement mit den Grünen nicht möglich ist. Vor neuen Überlegungen für eine Minderheitsregierung oder Neuwahlen ist zuerst die SPD am Zug und muss erklären, ob es richtig ist, sich zwei Minuten nach dem Schließen der Wahllokale aus dem Staub zu machen und jede Verantwortung abzulehnen. Bei Wahlen bekommt eine Partei manchmal nicht die Anzahl der Stimmen, die sie sich gewünscht hätte und doch hat der Wähler die Partei damit nicht automatisch in die Opposition gewählt.“

Tino Chrupalla (AfD): „Noch am Wochenende lamentierte Michael Kretschmer, designierter Ministerpräsident Sachsens, im Interview der Sächsischen Zeitung, dass das EEG uns als Industrieland voll gegen die Wand fahren



wird. Ein Gesetz, welches er selbst mit auf den Weg brachte und umgesetzt hat. Erinnert sei auch an den Brief an die Sondierer von Union, FDP und Grünen, welcher gar vom sofortigen Aus für das Lausitzer Revier bis 2020 und dem Verlust von bis zu 20 000 direkten und indirekten Arbeitsplätzen sprach. Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, wie auch ich als direkt gewählter Abgeordneter für den Landkreis Görlitz, sehen den gestrigen Tag als einen guten Tag für Deutschland. Und dieser bedeutet vor allem auch Tage und Monate Luft holen, Kraft und Energie schöpfen für die Menschen in der Lausitz. Neuwahlen erscheinen mir als einzig tragfähige Möglichkeit, um eine Regierung zu bekommen, die die dringenden Herausforderungen unserer Zeit löst. Eine Große Koalition wollen die Bürger nicht, eine Minderheitsregierung unter einer derart führungsschwachen Kanzlerin ist nicht vorstellbar. Ich stehe für Neuwahlen und fordere strikt den Rücktritt Merkels, wie auch Seehofers. Ein ‚weiter so‘ darf es nicht geben.



Auch das Spiel über Bande vor allem mit dem Linken Jürgen Trittin hat gut funktioniert. Anfangs war Trittin provokant, hinterher meist konziliant. Sein letztes Interview am Sonntag sorgte freilich für Wirbel. Ob gewollt oder nicht. Note 2. **FDP:** Erst zeigten sich die Liberalen offen und verzichteten sogar auf eine umfassende Steuerreform. Dann wurde die FDP bärbeißiger und versuchte zum Schluss sogar, die CSU beim Thema Flüchtlinge rechts zu überholen. Nicht gerade das klassische FDP-Thema.

Akribisch war die Pressearbeit der Liberalen und ihrer wichtigsten Protagonisten im Hintergrund. Immer ging es darum, die FDP möglichst im guten Licht erscheinen zu lassen. Vize Wolfgang Kubicki sorgte für die unterhaltsamen Randgeschichten. Der Vorsitzende Christian Lindner nahm sich und seine Partei zum Schluss aber eindeutig zu wichtig. Weil die Liberalen das Scheitern der Verhandlungen erklärten, und dies womöglich auch schon länger geplant hatten, haben sie jetzt auch noch den Schwarzen Peter. Note 6.

FOTOS: CDU, SPD, FDP, AfD



schmieden. Davon hätte die Lausitz profitieren können. Nicht alle Verhandlungspartner waren jedoch bereit, in diesem Geist einen belastbaren Grundriss zu schaffen. Daher ist eine Beendigung der wochenlangen Sondierungen ehrlich und konsequent. Aus Verantwortung für Sachsen und die Lausitz ist für mich auch klar: Ich würde niemals einer Politik zustimmen, die zur massiven Gefährdung von einheimischen Industriearbeitsplätzen und zum Kahlschlag bei der Braunkohle führt. Ich kann mir nicht vorstellen, die eigenen Werte und Überzeugungen zu opfern, nur um mitregieren zu können. Wie es in Berlin weitergeht, werden die kommenden Tage zeigen.“

Die Parteien beim Jamaika-Marathon – eine Benotung

BERLIN (has) Aus und vorbei. „Jamaika“ ist Geschichte. Wie haben sich die Parteien dabei geschlagen? Eine Benotung.

CDU: Angela Merkel ist ihrem Prinzip treu geblieben: Sie hat die Verhandlungen geleitet, moderiert und versucht, Kompromisse zu forcieren. Das war jedoch offenkundig zu wenig. Fatal für die Kanzlerin: Sie ist gehemmt gewesen durch das mit der CSU vereinbarte „Regelwerk“ zur Zuwanderung samt Obergrenze für Flüchtlinge und ausgesetztem Familiennachzug. Ein Papier, das Merkel

nicht gewollt hat. Das hat auch dazu geführt, dass nicht wirklich klar geworden ist, wofür die CDU eigentlich in den Sondierungen eintrat. An einem hat es wohl nicht gelegen, dass Jamaika nun gescheitert ist: An Kanzleramtsminister Peter Altmaier. Bei ihm liefen die inhaltlichen Fäden zusammen. Note 3.

CSU: Die Problem-Sondierer. Wer tatsächlich bei der CSU den Hut aufgehoben ist, ist in den vier Wochen nicht deutlich geworden. Der Machtkampf innerhalb der Partei um die Nachfolge des Vorsitzenden

hat auch die Sondierungen überschattet. Parteichef Horst Seehofer war deutlich kompromissbereiter als seine beiden wichtigsten Mitstreiter, Landesgruppenchef Alexander Dobrindt und Generalsekretär Andreas Scheuer. Das hat den Eindruck verstärkt, dass Seehofer in den Verhandlungen nur geschäftsführend agieren durfte – den Ton hat vor allem Dobrindt vorgegeben und somit zur Destabilisierung Seehofers beigetragen. Dobrindts heftige Attacken gegen die Grünen haben die Sondierungen unnötig belastet.

Note 5. Grüne: Wer hätte das gedacht – die Aussicht auf eine Regierungsbeteiligung hat die Grünen deutlich kompromissbereiter werden lassen als alle anderen. Sie haben als erste den Sondierungen einen notwendigen, neuen Schub gegeben, als sie eigene Angebote bei den Themen Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor und der Kohlepolitik auf den Tisch legten. Staatstragend war die Performance der Spitzenkandidaten Cem Özdemir und Katrin Göring-Eckardt. Unaufgeregt, sachorientiert.

Auch das Spiel über Bande vor allem mit dem Linken Jürgen Trittin hat gut funktioniert. Anfangs war Trittin provokant, hinterher meist konziliant. Sein letztes Interview am Sonntag sorgte freilich für Wirbel. Ob gewollt oder nicht. Note 2. **FDP:** Erst zeigten sich die Liberalen offen und verzichteten sogar auf eine umfassende Steuerreform. Dann wurde die FDP bärbeißiger und versuchte zum Schluss sogar, die CSU beim Thema Flüchtlinge rechts zu überholen. Nicht gerade das klassische FDP-Thema.

Akribisch war die Pressearbeit der Liberalen und ihrer wichtigsten Protagonisten im Hintergrund. Immer ging es darum, die FDP möglichst im guten Licht erscheinen zu lassen. Vize Wolfgang Kubicki sorgte für die unterhaltsamen Randgeschichten. Der Vorsitzende Christian Lindner nahm sich und seine Partei zum Schluss aber eindeutig zu wichtig. Weil die Liberalen das Scheitern der Verhandlungen erklärten, und dies womöglich auch schon länger geplant hatten, haben sie jetzt auch noch den Schwarzen Peter. Note 6.